



Nr. 10, 31. August 2017

## Eine verlorene Generation vermeiden Was Bildung in Krisensituationen leisten kann

Autor Dr. Reiner Klingholz, Alisa Kaps  
Redaktion: Ulrich Jahn, Dr. Charlotte Schmitz

**In Krisensituationen ist der Zugang zu Bildung häufig erschwert. Gerade hier ist es jedoch wichtig, dass Kinder und Jugendliche zur Schule gehen können, um das Heranwachsen einer verlorenen Generation zu vermeiden und die Entwicklungsperspektiven der betroffenen Länder zu verbessern.**

### Gewaltsame Konflikte als Bildungsbarrieren

Im Jahr 2016 zählte die Welt 226 gewaltsame Auseinandersetzungen, von denen 18 als Kriege eingestuft wurden.<sup>1</sup> Diese finden ausschließlich in wenig entwickelten Ländern statt. Leidtragende sind nicht nur die beteiligten Kombattanten, sondern auch Zivilisten, darunter vor allem Kinder. Gewaltsame Konflikte bringen Leid, Hunger und Zerstörung mit sich, sie beeinträchtigen gleichzeitig die Zukunftsaussichten der jungen Bevölkerung. Denn in vielen direkt oder indirekt vom Konflikt betroffenen Ländern

haben Kinder und Jugendliche kaum Zugang zu Bildung und damit auch eine geringere Chance auf ein selbstbestimmtes und auskömmliches Leben in der Zukunft.

Die Mehrheit der militärischen Konflikte und Bürgerkriege werden in Afrika und dem Nahen Osten ausgetragen. Allein in neun Ländern dieser beiden Weltregionen konnten 2015 rund 13 Millionen Kinder wegen kriegerischer Auseinandersetzungen nicht zur Schule gehen.<sup>2</sup>

Die gewaltsamen Konflikte gefährden die Bildungsziele, die sich die Vereinten Nationen im Rahmen der *Sustainable Development Goals* gesetzt haben: Demnach sollen im Jahr 2030 weltweit alle Jungen und Mädchen im dafür vorgesehenen Alter eine Primar- und Sekundarschule besuchen.

### Fehlende Lehrer, zerstörte Schulen

Die negativen Auswirkungen von gewaltsamen Auseinandersetzungen auf den Bildungssektor zeigen sich u.a. deutlich in **Syrien**: Hier hat sich seit Kriegsausbruch die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die keine Schule besuchen, mehr als verdoppelt. Im Schuljahr 2011/2012, also zu Beginn des Bürgerkrieges, lag ihre Zahl noch bei unter einer Million. Bis 2015 war sie auf über zwei Millionen angestiegen.<sup>3</sup> Jede vierte Schule in Syrien wurde seit Kriegsbeginn beschädigt, zerstört oder zweckentfremdet. Zudem mangelt es an Lehrkräften, welche die verbleibenden Schulen in Betrieb halten könnten. Seit Ausbruch des gewaltsamen Konflikts hat rund ein Viertel der Lehrer die Arbeit aufgegeben.<sup>4</sup>

Noch brisanter ist die Lage im **Jemen**, seit 2013 ebenfalls Schauplatz eines Bürgerkriegs. Alleine zwischen 2014

<sup>1</sup> Heidelberg Institute for International Conflict Research (2017): Conflict Barometer 2016. Heidelberg, HIIC.

<sup>2</sup> UNICEF (2015): Education under fire. How conflict in the Middle East is depriving children of their schooling. Amman, UNICEF Regional Office.

<sup>3</sup> UNICEF (2016): Syria Crisis Education. Fact Sheet - Five Years of Crisis and Conflict. Amman, UNICEF Regional Office.

<sup>4</sup> Siehe Fußnote 2.

und 2015 hat sich die Zahl der Schulpflichtigen ohne Zugang zu Bildung von 1,6 auf 3,4 Millionen mehr als verdoppelt.<sup>5</sup> Damit hat fast die Hälfte der jemenitischen Kinder und Jugendlichen keinen Zugang zu Bildung.<sup>6</sup> Dort, wo noch Unterricht stattfindet, ist die Bildungsqualität meist gering. Häufig fehlt es Lehrern an den notwendigen pädagogischen und fachlichen Kenntnissen.<sup>7</sup>

### Flucht schützt nicht vor Bildungsmangel

Durch Kriege verschlechtern sich nicht nur die Bildungschancen in den Herkunftsländern, sondern auch in den wichtigsten Aufnahmелändern der weltweit 33 Millionen Flüchtlingskinder. Sie finden überwiegend in den Nachbarstaaten Zuflucht. Dies sind häufig Staaten, die bereits die eigene Bevölkerung kaum angemessen mit Lehrern, Schulgebäuden und Unterrichtsmaterialien versorgen können.<sup>8</sup> Typische Folgen zeigen sich etwa im **Libanon**, wo der Zustrom syrischer Flüchtlingskinder den Druck auf das heimische Bildungssystem verschärft. 2015 ist die Zahl der libanesischen Kinder im Primarschulalter ohne Zugang zu Bildung auf 88.000 gestiegen. Seit Kriegsbeginn in Syrien 2011 hat sie sich damit beinahe verdreifacht.<sup>9,10</sup>



Nach UN-Angaben lebt mehr als die Hälfte aller Flüchtlingskinder, die keine Schule besuchen, in nur sieben Ländern: in Äthiopien, Tschad, Demokratische Republik Kongo, Kenia, Pakistan und der Türkei. Genaue und aktuelle Daten darüber, wie viele Kinder welchen Alters dort keinen Bildungszugang haben, sind nicht verfügbar.<sup>11</sup>

Besonders schwer haben es wieder-

<sup>5</sup> UNICEF (2014): Yemen Country Report on Out-of-School Children. Sana'a, UNICEF Yemen Country Office.

<sup>6</sup> UNICEF (2016): Yemen. Fragile to failed? The Impact of Violence and Conflict on Yemen and its Children. Amman, UNICEF Regional Office.

<sup>7</sup> Siehe Fußnote 2.

<sup>8</sup> UNHCR (2016): UNHCR Global Trends 2015. Genf.

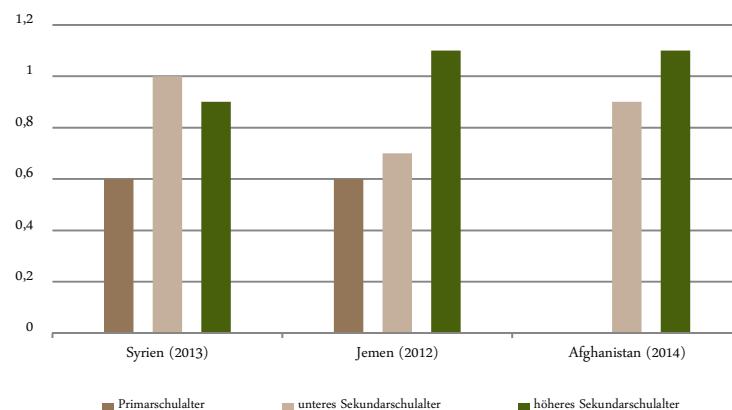
<sup>9</sup> UNESCO Institute for Statistics (2016): Data Center. Montreal, www.uis.unesco.org.

<sup>10</sup> Unklar ist, inwiefern diese Zahl teilweise auch geflüchtete Schulkinder aus Syrien bereits mit einschließt.

<sup>11</sup> UNHCR (2016): Missing out. Refugee Education in Crisis. Genf.

## Verlorenes Potenzial In Kriegsgebieten gehen viele Kinder und Jugendliche nicht zur Schule

Zahl der Kinder ohne Schulbesuch (in Millionen) nach Altersgruppen in unterschiedlichen Kriegsländern



Datengrundlage: UNESCO Institute for Statistics

rum die syrischen Flüchtlingskinder im Libanon. Etwa 40 % von ihnen, insgesamt etwa 150.000 Menschen, besuchen in Libanon keine Schule. Auch in **Jordanien** stößt das Bildungssystem an seine Grenzen. Hier gehen 15 % der Kinder und Jugendlichen aus Syrien nicht zur Schule.<sup>12</sup>

Im weltweiten Durchschnitt gestaltet sich die Lage der Flüchtlinge noch dramatischer. Nach Schätzungen der Vereinten Nationen besucht weltweit gerade einmal die Hälfte der geflüchteten Kinder im entsprechenden Alter eine Primarschule und nur knapp über ein Fünftel eine weiterführende Schule. Mit etwa 1 % ist der Anteil der Studierenden unter den Flüchtlingen verschwindend gering.<sup>13</sup>

### Folgen des Bildungsmangels

Je länger ein gewaltsamer Konflikt andauert, umso wahrscheinlicher wird es, dass eine ganze Generation heranwächst, die nie oder nur kurz eine Schule besucht hat. Für die betroffenen Kinder hat dies ganz unmittelbare persönliche Folgen. Ein Schulalltag stellt auch ein Stück Stabilität und Normalität in einem chaotischen und gefährlichen Umfeld dar.<sup>14</sup> Langfristig bedeutet mangelnder Bildungszugang schlechte Zukunftsperspektiven. Denn mit einer geringeren Bildung sinken die Chancen der Kinder und Jugendli-

chen auf einen späteren Arbeitsplatz und ein entsprechendes Einkommen.

Die internationale Gemeinschaft befürchtet im Falle Syriens bereits eine *lost generation*, die kaum über die notwendigen Kenntnisse verfügt, das Land nach dem Krieg wieder aufzubauen und langfristig auch wirtschaftlich zu stabilisieren.<sup>15</sup>

Wenn Kinder und Jugendliche nicht zur Schule gehen oder diese frühzeitig abbrechen, bedeutet das für die von gewaltsamen Konflikten betroffenen Länder einen Verlust an Humanvermögen. Laut einer UNICEF-Studie lagen die wirtschaftlichen Folgekosten dieses Verlusts in Syrien bereits ein Jahr nach Kriegsausbruch bei geschätzten 10,7 Mrd. USD. Dies entspricht etwa 18 % des damaligen Bruttoinlandsprodukts.<sup>16</sup> Fünf Jahre später dürften die Kosten massiv angestiegen sein.

### Was in akuten Krisenlagen zu tun ist

Bildung ist ein Menschenrecht, das auch in einem Umfeld gewaltsamer Auseinandersetzungen gilt. Dort sind die Herausforderungen allerdings

<sup>15</sup> UNICEF (2014): No lost generation. Protecting the futures of children affected by the crisis in Syria. New York.

<sup>16</sup> UNICEF (2015): Economic Loss from School Dropout due to the Syria Crisis. A Cost-Benefit Analysis of the Impact of the Syria Crisis on the Education Sector. Amman, UNICEF Middle East and North Africa.

speziell und erfordern spezifische Maßnahmen.

Es gilt zunächst, den temporären Bildungszugang zu verbessern, um eine *lost generation* zu vermeiden. Dazu müssen staatliche und nicht-staatliche Akteure sowie die internationale Entwicklungszusammenarbeit gezielt dazu beitragen, das verbliebene Bildungsangebot (Lehrpersonal, Transport, Zugänglichkeit von Räumen) zu erhalten.

Insgesamt gilt: Bildung ist in Krisensituationen weltweit unterfinanziert. 2013 wurden lediglich 2 % der weltweiten Gelder zu Katastrophenhilfe für Bildung verwendet.<sup>17</sup> Zusätzliche Mittel sind dringend nötig und müssen dafür eingesetzt werden, um

- in den betroffenen Regionen Unterrichtsräume und Materialien sowie Personal zur Verfügung zu stellen;
- Nichtregierungsorganisationen zu unterstützen, bei fehlenden staatlichen Strukturen den Zugang zu Bildung zu gewährleisten;
- Alternativen zum formalen Bildungszugang in einer fragilen Umgebung zu ermöglichen. *Non-formal education* und *accelerated education programs* bieten hier durch flexible Curricula die Möglichkeit, Lerninhalte den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen anzupassen;<sup>18</sup>
- psychologische Betreuung und Psychoedukation für die Opfer von Krieg und Gewalt bereitzustellen.
- die von INEE (International Network for Education in Emergencies) in über 20 Sprachen entwickelten „Minimum Standards for Education in Emergencies“ umzusetzen. Die Initiative INEE wird von zahlreichen bi- und multilateralen Gebern sowie NRO unterstützt und greift auf eine mehr als zehnjährige Erfahrung zurück.

### Wie Bildung gewaltsamen Konflikten vorbeugt

Nicht nur während gewaltsamer Konflikte ist es wichtig, den Zugang zu Bildung zu gewährleisten. Dies gilt auch für jene Länder, in denen derzeit zwar keine bewaffneten Auseinandersetzungen, jedoch anhaltende Spannungen bestehen. In Äthiopien etwa fordert die ethnische Gruppe der Oromo seit Jahrzehnten ein eigenes Staatsgebiet. Dabei kommt es regelmäßig zu Protesten, teils auch mit Waffengewalt.<sup>19</sup>



Alle Kinder haben ein Recht auf Bildung. Dies ist in Artikel 13 des UN-Sozialpakts verankert, dem die meisten Partnerländer der deutschen Entwicklungszusammenarbeit beigetreten sind. Er beinhaltet, dass Grundbildung verpflichtend und unentgeltlich und höhere Schulbildung für jeden zugänglich sein soll.<sup>20</sup>

Die tiefere Ursache von Spannungen wie diesen besteht – bei aller Komplexität – häufig in der ungleichen Verteilung knapper Ressourcen. Es ist deshalb kaum verwunderlich, dass es überwiegend in Staaten mit einem hohen Bevölkerungswachstum zu Konflikten kommt. Dieses macht es gerade für wenig entwickelte Länder schwer, den ohnehin begrenzten Zugang zu Bildung, Gesundheit und bezahlter Arbeit zu ermöglichen. Auch Nahrungsmittelengpässe, Wassermangel und die Folgen des Klimawandels verschärfen dort häufig die Problemlage und machen es zusätzlich schwer, den Bildungsauftrag zu erfüllen.<sup>21</sup>

In vielen Ländern Afrikas südlich der Sahara hat heute weniger als ein Drittel der erwachsenen Bevölkerung die Primarschule abgeschlossen.<sup>22</sup> 2014 besuchten in diesem Teil Afrikas über 93 Millionen Kinder und Jugendliche im Primar- und Sekundarschulalter

<sup>19</sup> Siehe Fußnote 1.

<sup>20</sup> OHCHR (o.J.): International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights. Genf, [www.ohchr.org](http://www.ohchr.org).

<sup>21</sup> Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2011): Afrikas demografische Herausforderung. Wie eine junge Bevölkerung Entwicklung ermöglichen kann. Berlin, [www.berlin-institut.org](http://www.berlin-institut.org).

<sup>22</sup> UNESCO Institute for Statistics (2016): Data Center. Montreal, [www.uis.unesco.org](http://www.uis.unesco.org).

keine Schule.<sup>23</sup> Eine besser gebildete Bevölkerung wäre in diesen Ländern ein wichtiger Schritt, um Konflikten zukünftig vorzubeugen und Kriege zu vermeiden. Denn Bildung bringt viele positive Effekte mit sich, die insgesamt Konflikte mindern können. Vier Aspekte seien hier genannt:

*Erstens* verbessert Bildung die kognitiven Fähigkeiten jedes Einzelnen. Gebildete Menschen leben deshalb nicht nur gesünder und risikobewusster, sondern sind auch eher in der Lage, ihre eigene Lebenssituation zu verbessern.<sup>24</sup>

*Zweitens* wächst mit zunehmendem Bildungsstand die Chance jedes Einzelnen auf Erfolg am Arbeitsmarkt und die Aussicht auf ein höheres Einkommen. Im weltweiten Durchschnitt steigt mit jedem abgeschlossenen Bildungsjahr das persönliche Lebenseinkommen um etwa 10 % an.<sup>25</sup> Zudem steigert ein höheres Humanvermögen in der Bevölkerung die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Landes, denn gebildete Menschen sind im Schnitt produktiver und innovativer.<sup>26</sup> Zunehmender Wohlstand und bessere Lebensbedingungen tragen dazu bei, Konfliktpotenziale zu reduzieren.

*Drittens* wirkt sich Bildung positiv auf Demokratisierungsprozesse aus. Sie fördert sowohl einen offeneren und toleranteren Umgang mit anderen als auch politisches Engagement.<sup>27</sup> Eine höhere Bildung – insbesondere bei Frauen – trägt zudem in wenig entwickelten Ländern dazu bei, die Kinderzahlen deutlich zu senken – um 50 % und mehr.<sup>28</sup>

Bildung ist deshalb *viertens* eine wichtige Voraussetzung, um ein hohes,

<sup>23</sup> UNESCO Institute for Statistics (2016): Leaving no one behind: How far on the way to universal primary and secondary education? Policy Paper 27. Fact Sheet 37. Montreal, UIS.

<sup>24</sup> Klingholz, R. und W. Lutz (2016): Wer überlebt? Bildung entscheidet über die Zukunft der Menschheit. Frankfurt, Campus Verlag.

<sup>25</sup> Montenegro, C.E. und Patrinos, H.A. (2014): Comparable Estimates of Returns to Schooling around the World. The World Bank Group. Policy Research Working Paper.

<sup>26</sup> Woessmann, L. (2016): The economic case for education. *Education Economics* 24 (1), S. 3-32.

<sup>27</sup> Glaeser, E. L. et al. (2007): Why does democracy need education? *Journal of Economic Growth* 12, S. 77-99.

<sup>28</sup> Canning, D. et al. (2015): Africa's Demographic Transition. Dividend or Disaster? Washington DC, World Bank and Agence Française de Développement.

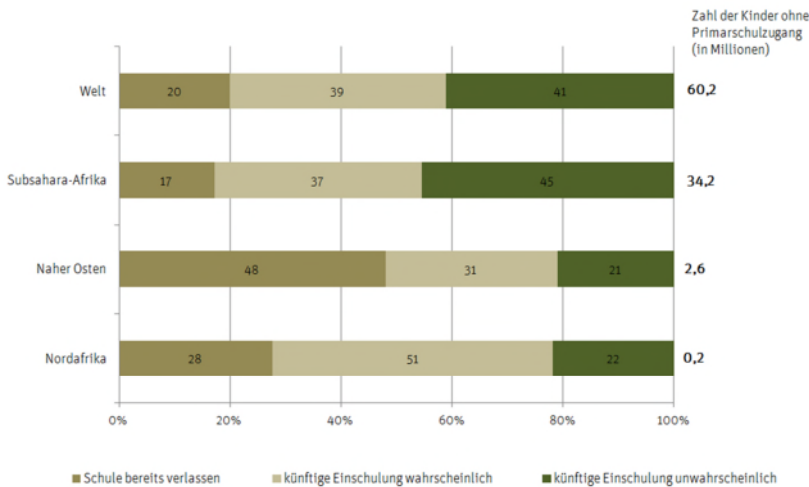
<sup>17</sup> Siehe Fußnote 2.

<sup>18</sup> Siehe Fußnote 13.

## Ein Leben ohne Bildung

Viele Kinder, die heute nicht zur Schule gehen, werden auch in Zukunft keine Bildung erfahren

Primarschulkinder ohne Bildungszugang (in Millionen) nach Weltregionen, anteilig nach Wahrscheinlichkeit eines zukünftigen Schulbesuchs (in %)



Datengrundlage: UNESCO Institute for Statistics

nicht nachhaltiges Bevölkerungswachstum zu bremsen, das jede weitere Entwicklung erschwert.

### Bildung schaffen, gewaltsame Konflikte vermeiden

Sowohl in Krisen- als auch in Spannungsregionen muss der Bildungszugang durchgängig sichergestellt werden. Nur so lassen sich bestehende Konflikte aus dem Weg räumen oder deren Entstehung verhindern. Im Entscheidungsprozess über Maßnahmen sind dabei folgende Aspekte zu berücksichtigen:

- Weltweit muss allen Jungen und Mädchen eine gute Schulbildung von mindestens zehn Jahren ermöglicht werden. Stipendienprogramme und zweckgebundene Bargeldzuwendungen können dazu beitragen, die Einschulungsraten zu verbessern.
- Entscheidend für Bildungserfolge sind tatsächliche Lernfortschritte. Dafür sind moderne Curricula, qualifizierte Lehrer und eine gute Schulinfrastruktur notwendig. Bildung muss sich dabei an den Anforderungen des Arbeitsmarktes orientieren.
- Bei mangelhafter Bildungsinfrastruktur können moderne, internetbasierte Methoden den Zugang

zu Bildung unterstützen.

- Bildung ist weltweit noch immer unterfinanziert. Von 1999 bis 2012 stagnierten die globalen staatlichen Ausgaben für Bildung im Schnitt bei 13–14 % der Staats Haushalte.<sup>29</sup> Nur 2–4 % der internationalen Mittel der Entwicklungszusammenarbeit fließen in die Grundbildung. Anzustreben ist das von der UNESCO empfohlene Ziel, die Staatsausgaben für Bildung auf 15–20 % der nationalen Haushalte oder auf 4–6 % des Bruttoinlandsprodukts anzuheben.<sup>30</sup>
- Sämtliche Hilfe und finanzielle Förderung in Krisen- und Spannungsregionen muss nach dem „do no harm“-Ansatz konflikt-sensibel gestaltet werden. Bildungsprojekte dürfen also nicht dazu beitragen, Konflikte zu verschärfen - etwa indem bestimmte Bevölkerungsgruppen begünstigt werden. Um unbeabsichtigte Folgen wie diese zu vermeiden, ist es wichtig, Projekte laufend zu überwachen und dabei alle Betroffenen einzubeziehen.

<sup>29</sup> World DataBank (2016): World Development Indicators. Washington DC, <http://www.databank.worldbank.org/data>.

<sup>30</sup> UNESCO (2015): Education for All 2000-2015: Achievement and Challenges. Paris.

## Wo Bildung an ihre Grenzen stößt

Bildung alleine bietet jedoch keine ausreichende Lösung für die komplexen Probleme in tatsächlichen oder potenziellen Krisenländern, besonders, weil ihre positiven Effekte erst zeitverzögert einsetzen. Es ist deshalb ebenso notwendig, die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen herzustellen und Arbeitsplätze zu schaffen, damit eine besser gebildete Bevölkerung ihr Potenzial auch verwirklichen kann. Bildung muss zudem praxisnah sein und sich an den Anforderungen des Arbeitsmarktes orientieren. Nur wenn dies gelingt, lassen sich Situationen wie in Ägypten oder in anderen Staaten des Nahen Ostens vermeiden, wo die tendenziell besser gebildete junge Bevölkerung Schwierigkeiten hat, einen Job zu finden.<sup>31</sup> Darüber hinaus müssen Bildungsprogramme konflikt-sensibel sein und den sozialen Kontext berücksichtigen, in dem sie stattfinden, um eine möglichst friedensstiftende Wirkung zu erzielen.<sup>32</sup>



### Titelbild

KfW-Bildarchiv / photothek.net



### Kontakt

KfW Bankengruppe  
Geschäftsbereich KfW Entwicklungsbank  
Palmengartenstraße 5-9  
60325 Frankfurt am Main  
Telefon 069 7431 -0  
Telefax 069 7431 -2944  
[info@kfw-entwicklungsbank.de](mailto:info@kfw-entwicklungsbank.de)  
[www.kfw.de](http://www.kfw.de)

<sup>31</sup> Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2016): Krisenregion Mena. Wie demografische Veränderungen die Entwicklung im Nahen Osten und Nordafrika beeinflussen und was das für Europa bedeutet. Berlin, [www.berlin-institut.org](http://www.berlin-institut.org).

<sup>32</sup> Haider, H. (2014). Conflict sensitivity in education, the private sector and infrastructure development. GSDRC Helpdesk Research Report 1136. GSDRC, Birmingham.